

Isselburg21

Stellungnahme der Bürgerinitiative Isselburg21 zum, von der Mehrheit des Rats der Stadt Isselburg beschlossenen, Verkauf des Pendeweges in Werth an die Heeren-Herkener-Kiesbaggerei

Noch vor der Sommerpause bestätige die Mehrheit des Rats der Stadt Isselburg nochmals die Details des Verkaufs des Pendeweges im Isselburger Ortsteil Werth an die Heeren-Herkener-Kiesbaggerei (HHKB), die damit ihre beiden bereits bestehenden Baggerseen miteinander verbinden und dabei mächtige Kiesvorkommen unterhalb der verkauften Straße und damit große Profite für sich erschließen kann. Wir, der Vorstand der Bürgerinitiative Isselburg21, betrachten den Verkauf des Pendeweges für die im Vergleich zu den zu erwartenden Gewinnen der HHKB geringe Gegenleistung (Geldleistung u. neuer Radweg) für eine Fehlentscheidung.

Denn es hatten sich doch alle, Rat wie Verwaltung, einstimmig in einer Resolution aus März 2012 gegen weiteren Abbau in Isselburg ausgesprochen. Was ist also von einer Resolution zu halten, an die man sich wenige Monate später schon nicht mehr gebunden fühlt?

Der Ehrlichkeit halber muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass die Entscheidung zum Verkauf des Pendeweges bereits in 2011 gefallen war, lange bevor das Thema „Kiesabbau“ durch die Erweiterungsabsicht Breels und den Abbau in Suderwick/Dinxperlo uns so deutlich vor Augen geführt wurde. Und wir gehen davon aus, dass der Rat und die Verwaltung sich nach den Vorkommnissen der letzten Monate noch einmal sehr intensiv mit der Problematik auseinandergesetzt und den Verkauf des Pendeweges nicht leichtfertig betrieben haben.

Zur Erinnerung zitieren wir hier aus der Resolution:

„Der Rat der Stadt Isselburg spricht sich gegen jegliche Erweiterung von Abgrabungsflächen auf dem Isselburger Stadtgebiet aus“.

Und weiter:

- „Landschaftliche Strukturen werden zerstört, und die Vielfalt des Freiraumes geht verloren.
- Die Abbautätigkeit verursacht über Jahrzehnte hinweg erhebliche Lärm- und Staubbelastungen.
- Der Transport der gewonnenen Rohstoffe wird zu einer erheblichen Zunahme des Schwerlastverkehrs führen (...“

Wenn auch letztgenannte Punkte sich eher auf die geplante Erweiterung der Auskiesungsfläche in der Breels bezogen, so treffen sie doch in gleichem Maße auf eine Erweiterung der Auskiesungsfläche in Werth zu. Oder werden in Werth keine landschaftlichen Strukturen zerstört? Noch wachsen an den Seiten des Pendeweges einige wunderbare Eichen und andere Gehölze. Diese Bäume werden alsbald gefällt, damit die gierige Kiesindustrie, die immer weiter nach neuen Rohstoffen lechzt, die Kiesvorkommen

ausbeuten kann. Wo einst kräftige Bäume wuchsen, in denen Vögel und Fledermäuse (noch) ein Zuhause finden, wird schon bald die Wasserwüste für alle Ewigkeiten geschlossen.

Die Werther Bevölkerung wird zudem unter den Lärm- und Staubbelastungen der Abbautätigkeiten leiden. Und auch der Abtransport der ausgebeuteten Bodenschätze wird die Bevölkerung über weitere Jahre, wenn nicht Jahrzehnte belasten.

Außerdem ist auch hier wieder deutlich das Muster im Vorgehen der Kiesbaggereien, nicht nur der HHKB, zu erkennen. Man nimmt ein kleines Stück, lässt sich das genehmigen und dann wird Stück für Stück erweitert und weiter beantragt. Wenn es geht, macht man das ruhig und leise (s. Genehmigungsverfahren für die Abgrabung Breels) und wenn es sein muss, eben auch laut gegen alle Widerstände von Anwohnern, Interessengruppen oder wer auch immer dagegen votiert.

Und warum funktioniert das? Weil sich der Widerstand immer noch in Grenzen hält. Die Bezirksregierung arbeitet solche Verfahren auf dem normalen Dienstweg ab, vielfach kennen die MitarbeiterInnen die Gegebenheiten vor Ort kaum oder gar nicht. Der Regionalrat, der die Bereiche, in denen Kies gefördert werden darf, festlegt, handelt vielfach auch aus der Ferne, was deutlich an den Reaktionen der Mitglieder zu sehen war, die aktuell vor Ort waren und sich teilweise tief betroffen zeigten von dem Ausmaß der Zerstörung in bisher relativ unberührter Natur.

Der Kreis arbeitet wiederum streng nach Vorschrift die Genehmigungsprozedur ab, wobei die Bedenken des Umweltausschusses gerne mal unbeachtet bleiben (auch hierfür ist die Genehmigung für die jetzt beginnende Auskiesung in der Breels ein gutes Beispiel).

Und nicht zuletzt werden die kurzfristigen Interessen (Steuereinnahmen) immer noch höher bewertet als die langfristigen (zum Beispiel die unwiederbringliche Zerstörung von durch den Kies geschützten und gefilterten Trinkwasservorkommen wie in der Breels).

Und das alles, um die Versorgung unserer Region mit wichtigen Rohstoffen (eben: Kies) zu gewährleisten.

Wir haben als Bürgerinitiative Isselburg21 die seinerzeit verabschiedete Resolution gegen die Ausweitung von Kiesabbauflächen sehr begrüßt, weil wir die Allianz zwischen Rat und Bürgerinitiative als ein deutliches Signal gegen den Raubbau an und in unserer Heimat betrachtet haben. Das gilt auch nach wie vor. Allerdings hätten wir uns gewünscht, dass einer der einleitenden Sätze der Resolution, der sich schließlich auf das gesamte Stadtgebiet bezieht, auch für die Auskiesung in Werth gegolten hätte. Schließlich spricht sich darin der Rat gegen „jegliche Erweiterung von Abgrabungsflächen auf dem Isselburger Stadtgebiet aus“. Wir gehen für die Zukunft davon aus, dass das nicht nur eine Floskel ist, die unter dem Eindruck der Sachlage von März 2012 entstanden ist, sondern dass das der tiefen Überzeugung und Meinung all derer entspricht, die diese Resolution beschlossen haben.

V.i.S.d.P. Michael Kempkes, Vorsitzender Isselburg21, im Auftrag des Vorstandes